

TAGESSPIEGEL

Der Tagesspiegel vom 30.08.2024, Seite 13 / Wissenschaft

WISSENSCHAFT
Gastbeitrag

Stationierung von US-Raketen

Ein Schritt zurück in den Kalten Krieg

Am Rande des Nato-Gipfels in Washington am 10. Juli 2024 kündigten die Regierungen der Vereinigten Staaten und Deutschlands an, ab 2026 US-Raketen und Marschflugkörper auf deutschem Territorium zu stationieren. Diese konventionell bestückten Präzisionswaffen, mit Reichweiten zwischen 460 und 3000 Kilometern, sollen zeitweilig, später jedoch dauerhaft in Deutschland bleiben und in eine von fünf weltweit verfügbaren „Multi-Domain Task Forces“ der USA integriert werden.

Entscheidung fiel ohne öffentliche Debatte

Lange Zeit hatte der INF-Vertrag zwischen Russland und den USA die Stationierung landgestützter Mittelstreckensystemen mit einer Reichweite von 500 bis 5500 Kilometern untersagt. Die Abkürzung „INF“ steht für „Intermediate-Range Nuclear Forces“, nukleare Mittelstreckenstreitkräfte. Nach dessen Kündigung 2019 werden nun erstmalig wieder bodengestützte US-Mittelstreckensysteme strategische Ziele in Russland bedrohen können.

Die Entscheidung der Stationierung wurde ohne öffentliche Debatte und ohne überzeugende Begründung getroffen, was bei vielen Beobachtern Besorgnis ausgelöst hat. Doch was bedeutet diese Entscheidung für die Sicherheit Europas und Deutschlands langfristig?

Die Studiengruppe „Europäische Sicherheit und Frieden“ der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler hat dazu eine Stellungnahme erarbeitet, die vor einem Stationierungswettlauf von neuen konventionell bestückten Waffensystemen und Risiken in einem Krisenfall warnt und Vorschläge für diplomatische Initiativen macht.

Die Gefahr eines Präventivschlags steigt

Russland verfügt seit Jahren über Kurz- und Mittelstreckensysteme, die mit konventionellen, aber auch nuklearen Sprengköpfen ausgestattet werden können. Diese land-, see- und luftgestützten Systeme werden nicht zuletzt gegen die Ukraine eingesetzt und richten großen Schaden für die Bevölkerung an. Ihr Status bedarf einer konkreten Bedrohungsanalyse. Auch die Nato hat ein großes Arsenal von luft- und seegestützten Präzisionsflugkörpern, bisher jedoch keine bodengestützten Systeme mit INF-Reichweite. Die von Berlin konstatierte „Fähigkeitslücke“ ist bisher nicht festzustellen oder bedarf der genauen Begründung.

Eine symmetrische Nachrüstung führt zu einem neuen Rüstungswettlauf. Die Gefahr eines Präventivschlags steigt bei der Stationierung dieses Nachrüstungspakets, denn im Krisenfall könnte eine Seite sich durch einen Überraschungsangriff militärische Vorteile ausrechnen und frühzeitig angreifen. Die US-Raketensysteme könnten in einer Krisensituation als Bedrohung für russische strategische Basen wahrgenommen werden, was darüber hinaus das Risiko von Missverständnissen und Fehlentscheidungen erhöht. Im Extremfall könnte dies sogar zu präventiven militärischen Reaktionen führen, die katastrophale Folgen bis zur atomaren Eskalation hätten.

Der gravierende Schritt der Neustationierung wird von Moskau mit großer Wahrscheinlichkeit als offensive Kriegsführungsoption ausgelegt werden und die russische Regierung dazu veranlassen, ihr eigenes nuklearfähiges Arsenal aufzustocken oder neue, auch konventionell bestückte Systeme zu stationieren.

Deutschland könnte zum primären Ziel werden

Insbesondere die Stationierung in Belarus und an der Westgrenze Russlands, einschließlich Kaliningrads, dürfte die sicherheitspolitische Lage in Europa verschärfen. Deutschland könnte zu einem primären Ziel russischer Raketenplanung werden – eine beunruhigende Perspektive. Auch wenn der INF-Vertrag auslief, sind die strategischen Überlegungen, die diesem für die Sicherheit Europas zentralen Abkommen zugrunde lagen, weiterhin von Bedeutung.

Die gegenseitige Kriegsverhütungsfähigkeit, auf der auch das europäische Sicherheitsgefüge ruht, könnte durch die geplante Stationierung nachhaltig gestört werden. Sie widerspricht zudem dem Prinzip der Lasten- und Risikoteilung innerhalb der Nato. Deutschland wird durch diese Entscheidung in eine singuläre Position gedrängt.

Es stellt sich daher die Frage, ob der behauptete Sicherheitsgewinn diese Risiken rechtfertigt oder ob Deutschland nicht vielmehr einem gefährlichen Spiel ausgesetzt wird, bei dem es am meisten zu verlieren hat.

Raketen können mit Nuklearsprengköpfen bestückt werden

Die Tragweite dieser Entscheidung, die einen Rückschritt in den Kalten Krieg darstellt, erfordert eine eingehende öffentliche Auseinandersetzung und eine neue diplomatische Absicherung. Denn angesichts neuer Aufrüstungsrunden, nuklear wie konventionell, können die möglichen Risiken erheblich sein. Neue Trägersysteme mit langer Reichweite können später durch Nuklearsprengköpfe bestückt werden. Das geschieht in einer Situation, in der der New-Start-Vertrag, der Nuklearwaffen beschränkt hatte, im Februar 2026 ausläuft.

Angesichts solcher Herausforderungen ist es unerlässlich, dass die Bundesregierung eine ergebnisoffene Debatte sowie eine zielführende Strategiediskussion über die geplante Stationierung anstößt. Im Bundestag müssen die strategischen und sicherheitspolitischen Implikationen der Entscheidung diskutiert und rüstungskontrollpolitisch eingebunden werden. Bisher sind im Westen eher Lippenbekenntnisse zur Rüstungskontrolle zu hören.

Deutschland muss zudem diplomatische Initiativen ergreifen. Ein Neustart der Gespräche über ein Abkommen zur Begrenzung von Mittelstreckenraketen – ähnlich dem INF-Vertrag – wäre ein wichtiger Schritt. Ein durch Inspektionen und Notifikationen verifizierbares Abkommen ist nach wie vor von zentralem Interesse für die europäischen Staaten und Russland. Auch die Verlängerung des New-Start-Vertrags durch die USA und Russland oder eine neue Interimslösung müssen angestrebt werden, um den globalen, nuklearen Abrüstungsprozess fortzuführen.

Die geplante Stationierung von US-Raketen in Deutschland stellt einen gravierenden Einschnitt in die europäische Sicherheitsarchitektur dar. Die Risiken könnten das Gleichgewicht in Europa nachhaltig stören. Es liegt in der Verantwortung der deutschen Politik, den Risiken aktiv entgegenzutreten. Es bedarf einer Sicherheitspolitik, die alle Möglichkeiten ausschöpft, um Frieden und Stabilität in unserer Region zu sichern.

Infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine – hier ein Bild aus Pokrowsk – beschlossen Berlin und Washington, ab 2026 wieder US-Raketen in Deutschland zu stationieren.

Autorenprofil

Götz Neuneck ist Vorsitzender der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V. und war bis 2019 stellvertretender wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Uni Hamburg (IFSH).

Zahl des Tages

3000

Kilometer weit, maximal, können die neuen US-Raketen fliegen.

Götz Neuneck

Quelle:	Der Tagesspiegel vom 30.08.2024, Seite 13
Ressort:	Wissenschaft
Rubrik:	WISSENSCHAFT
Dokumentnummer:	doc7wyadab4f9lflvdehp

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.genios.de/document/TSP__8b4c5a9d9f5a882abea8fa4ea2f99eb28a883ed6

Alle Rechte vorbehalten: (c) Verlag Der Tagesspiegel GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH